

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen morgens. Der Verkaufspreis beträgt bei voller Zahlung im Voraus 10 Pf. ...

Bestellen Sie die „Freiheit“ ...

STREIF
Berliner Organ
Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

An das revolutionäre Proletariat Deutschlands.

Mächtig schreitet die Bewegung des kämpfenden Proletariats vorwärts. Nun, da die Welt von dem furchtbaren Druck des Krieges erfüllt ist, erweitert und vertieft sich überall der Klassenkampf des Proletariats. In allen Ländern, ob ihre Herrschenden zu den Siegern oder Besiegten gehören, ist die Arbeiterklasse das lebendige Opfer des Krieges. ...

Das Proletariat Deutschlands, das in schwerem Ringen um die Durchführung seiner revolutionären Ziele begriffen ist, ist sich bewusst, daß sein Kampf, den es als Teil der internationalen proletarischen Armee führt, auf die mächtigste Unterstützung durch den siegreichen Vormarsch des Proletariats der anderen Länder. ...

Die Heimkehr.

Erinnert ihr euch noch an die Sommerzeit vor fünf Jahren? Zug um Zug sollte damals durch Deutschland und dem Westen zu, gefüllt mit singenden Soldaten, bekränzt mit grünem Raub, geschmückt mit bunten Blumen. ...

Gegen den Gewaltfrieden.

Die französischen Sozialisten lehnen die Ratifizierung des Friedensvertrages ab. Paris, 15. Juli. Der Nationalrat der Sozialisten hat mit 429 gegen 31 Stimmen bei 501 Enthaltungen beschlossen, die Ratifizierung des Friedensvertrages abzulehnen. ...

Republik hätte der deutschen Republik einen ehrenvollen und gerechten Frieden geschenkt, sie hätte ihn nicht gegeben. Aus allen diesen Gründen erteilte die sozialdemokratische Partei ihren Gewählten den formellen Auftrag, gegen die Ratifizierung zu stimmen. ...

Die Debatte über den Friedensvertrag.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei beendete gestern die Debatte über den Friedensvertrag. Albert Thomas bedauerte, daß Deutschland nicht sofort in den Waffenstillstand aufgenommen worden sei. ...

Aufruf zum Proteststreik.

Der Verwaltungsrat der Gewerkschaften (G. V.) erläßt einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen der Städte und des Landes, in dem er sie nachdrücklich auffordert, laut Befehl des Nationalrats vom 27. Mai am 21. Juli in einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik einzutreten. ...

Die Heimkehr.

Die Luft ist wieder voll von Versprechungen, Ehrenworten werden ertickt, man teilt Geschenke an die heimkehrenden Kriegsgelungenen aus. Inzwischen sollen an sie gehalten werden. Man hört wieder das Wort vom Dank des Vaterlandes. ...

Wohlfahrts die schlimmsten Härten befehligen werden. Wenn es nach dem Willen der bürgerlichen Parteien und der Rechtssozialisten gegangen wäre, so hätten wir jetzt noch nicht einmal diesen Frieden, so befänden wir uns jetzt mitten im Zusammenbruch; die Heere der Entente ständen im Herzen Deutschlands, der Hunger hätte die Massen zur Verzweiflung getrieben, wir wären in einem Frieden gezwungen worden, der noch um ein Vielfaches schlimmer geworden wäre, als der jetzt abgeschlossene ist.

Und was wäre in diesem Falle mit den Kriegsgefangenen geschehen? Sie fehrten jetzt nicht zurück, die Sache der Sieger hätte sie wahrscheinlich zum Objekt genommen, an dem das deutsche Volk für die Verblendung seiner Regierung zu bestrafen sei. Der Ruf der Unabhängigen Sozialdemokratie nach dem Abschlusse des Friedens hat in den Massen des Volkes kein Echo gefunden; die von uns angeführte Bewegung des Volkes hat das unwichtige nationalistische Treiben der Friedensgegner und Kriegserneuerer niedergeworfen. Und nicht wenige von denen, die uns zuerst geschnöht und angefeindet haben, legen uns heute Dank für unsere aufrichtige Haltung, erkennen unumwunden an, daß unser entschlossenes Bekenntnis zum sofortigen Friedensschluß Deutschland vor dem Untergang gerettet hat.

Es ist noch nicht das Deutschland, von dem vielleicht die Kriegsgefangenen im fremden Lande geträumt haben. Noch herrschen die alten Mächte des Kapitals, des Militärs, der Bureaucratie und sogar des Junkertums. Die Regierung wird zwar in der Mehrheit von Leuten gebildet, die sich Sozialisten nennen; aber sie haben die sozialdemokratischen Grundsätze vergessen und verraten, sie tragen die Schuld daran, daß mit der Beseitigung der Klassenherrschaft in Deutschland noch nicht einmal ein Anfang gemacht worden ist. Es muß noch Arbeit, es muß ganze Arbeit geleistet werden, um aus Deutschland eine Gemeinschaft des Friedens und der Freude zu machen. Die Kriegsgefangenen werden nicht haben wollen, daß ihre Träume von einem neuen Deutschland in ein Nichts zerfallen. Sie werden teilnehmen am Kampfe des gesamten Proletariats, ihre eigene Kraft wird dazu beitragen, daß dem Willen der Arbeiterschaft nach Befreiung aus den Fesseln des Kapitals die Erfüllung wird.

So grüßen wir die Kriegsgefangenen bei ihrer Heimkehr, so heißen wir sie willkommen in unseren Reihen, so reichen wir ihnen die Hand als Mitsprecher für unser großes Ziel, für die Sache des Sozialismus!

Immer wieder Gewalt!

Nach Zeitungsmeldungen beabsichtigt die Regierung bei ihrem etwaigen Streik der Landarbeiter in Mitteldeutschland die gleichen militärischen Maßnahmen zu ergreifen wie in Pommern und durch Verhängung des Belagerungszustandes die Arbeiterschaft völlig der Willkür der Militärbehörden auszuliefern. Wie weit dort die militärische Terrorisierung der Landarbeiter schon gekommen ist, geht aus der Anordnung des kommandierenden Generals des II. Armeekorps in Stettin hervor, deren Inhalt wir bereits im gestrigen Abendblatt zum Teil mitteilen konnten. Der Wortlaut der am 12. Juli erlassenen Bekanntmachung übertrifft aber die schlimmsten Verurteilungen. Der § 1 dieser Bekanntmachung verbietet allen wirtschaftlichen Arbeitern, Arbeiterinnen, Diensthöten und Angestellten:

- a) die Arbeit (den Dienst) niederzulegen,
- b) von der Arbeit (dem Dienst) fernzubleiben, ohne nachweislich arbeitsunfähig zu sein,
- c) die Arbeit (den Dienst) zu verweigern oder die Arbeit ausschließlich einzuschränken.

Der § 2 verbietet:

- a) das Streikpostengehen,
- b) jede Beschädigung oder Zerstörung land- und forstwirtschaftlicher Geräte, Einrichtungen, Maschinen, Anlagen, Gebäude, Erzeugnisse, Bedarfsartikel und sonstige Hilfsmittel,
- c) jede Beschädigung, Misshandlung oder Beseitigung des Viehs und Meinviehs jeder Art, sowie das Vernachlässigen oder Unterlassen der sorgfältigen Pflege, Wartung und Bewachung derselben,
- d) jede Hinderung oder Störung des freien Verkehrs auf Straßen, Chaussees, Wegen, Plätzen u. dergl. sowie in den Ortschaften, Gütern und in Feld, Wald und Flur.

Der § 9 verbietet:

- a) Landwirtschaftlichen Arbeitern usw. die Teilnahme an Versammlungen jeder Art während der ortsbüblichen landwirtschaftlichen Arbeitszeit.
- b) Aufwendungen und Einberufungen von Versammlungen landwirtschaftlicher Arbeiter oder von Versammlungen, an denen landwirtschaftliche Arbeiter teilnehmen sollen, sind nur nach Genehmigung des kommandierenden Generals zulässig.

Der § 10 setzt fest:

- a) Ortsfremde haben sich sofort persönlich bei der Ortspolizeibehörde zu melden und auszuweisen.

Die Ortspolizeibehörde meldet sofort dem Landrat die Personalleisten, den Grund und die voraussichtliche Dauer des Aufenthalts des Fremden. Der Landrat entscheidet, ob der Ortsfremde zum weiteren Aufenthalt zugelassen ist. Hält der Landrat die Zulassung für bedenklich, hat er dem Generalkommando telegraphisch unter Stellungnahme Mitteilung zu machen. Das Generalkommando entscheidet über die etwa zu treffenden Maßnahmen.

Allen Polizeibehörden, Gendarmen usw. sowie militärischen Dienststellen wird genaue Beobachtung von Ortsfremden zur Pflicht gemacht. In verdächtigen Fällen ist dem Landrat und dem Generalkommando sofort telegraphische Meldung zu erlassen.

Je Gefahr im Verzuge, ist der Ortsfremde in vorläufige Verwahrung zu nehmen und dem Generalkommando ist sofort telegraphisch eingehender Bericht zu erlassen.

Der § 11 der Bekanntmachung berechtigt alle Gendarmen und Polizeibeamte, auf ersuchene Personen oder auf solche, die sich einer ihnen bestehenden Befehlsnahme zu entziehen suchen, nach nur einmaligem Ausruf zu schreien.

In einer weiteren Verordnung werden 17 erneut in Berlin verbreitete Zeitungen genannt und bestimmt, daß sie auch nicht von Hand zu Hand gegeben und nicht als Einschlagpapier verwendet werden dürfen. Selbst das Vorlesen dieser Zeitungen in privaten Räumen wird verboten.

Diese ganzen Maßnahmen sind schon deshalb ungesetzlich, weil nach § 2 des Gesetzes über den Belagerungszustand die Verhängung „nur für den Fall eines Aufstands“ zulässig ist. Weiter heißt nach demselben Gesetz der Militärbefehlshaber persönlich für seine Anordnungen. Die Bekanntmachungen tragen aber keinerlei namentliche Unterschrift und deshalb ungültig.

Der Belagerungszustand ist aufscheinend nur auf Drängen der Agrarier verhängt worden, um durch die oben mitgeteilten Anordnungen das Streikrecht der Landarbeiterschaft zu knebeln und sie völlig der Willkür der Landwirte auszuliefern. Diese Anordnungen sind fast das Ungeheuerlichste, was die Militärbehörde einer bis dahin ruhigen Arbeiterschaft geboten hat. Nicht genug damit, den Arbeitszwang einzuführen und damit die Arbeiter den tarifbrüchigen Unternehmern auszuliefern, die Teilnahme an Versammlungen jeder Art zu verbieten, geben sie die Ortspolizei völlig in die Hand der Lokalbehörden und berechtigten die Polizeibeamten, nach nur einmaligem Ausruf „jeden fluchtverdächtigen“ niederzuschleichen. Selbstredend müssen solche Befehle provozierend auf die Bevölkerung wirken. Sie beschwören erst die Gefahren herauf, deren Verhütung sie angeblich dienen sollen.

Streik der Landarbeiter.

In Anklam ist, nach Blättermeldungen, am 14. ein Generalstreik ausgebrochen. Zuerst seien die Arbeiter des landwirtschaftlichen Einkaufsvereins in den Ausstand getreten und hätten dann die anderen Arbeiter zur Einstellung der Arbeit veranlaßt. In Kößlin ruht der Straßenbahnverkehr, ebenso streiken dort sämtliche Metallarbeiter. Als Grund sei die Erregung der Arbeiterschaft über die Verhängung des Belagerungszustandes anzusehen. Zu dem Streik im Kreise Mohnungen bringt das W. T. B. folgende tendenziöse Nachricht über die Terrorisierung von Arbeitswilligen und die Streikgründe, die an die Blättermeldungen über die Ursachen und den Verlauf der Vergarbeiterstreiks im Ruhrkohlengebiet erinnert. Wahr daran scheint nur die Nachricht von teilweiser Wiederaufnahme der Arbeit zu sein, da auch nach anderen Meldungen Verhandlungen über einen Tarifvertrag eingeleitet sind.

Berlin, 15. Juli. (W. T. B.)

Aus Mohnungen in Ostpreußen erfahren wir: Der Streik ist erloschen; er hat etwa 8 Tage gedauert und erstreckte sich auf etwa 70 Ortschaften. Die Arbeiter waren größtenteils arbeitswillig und wurden nur durch wenige Aufwiegler terrorisiert. (1) Nachdem Ende voriger Woche Militär eingetroffen ist und den Schutz der Arbeitswilligen übernommen hat, ist der Streik bis auf 6-7 Ortschaften mit einem Areal von ca. 24 000 Morgen erloschen.

Die Forderungen waren in den verschiedenen Ortschaften ganz verschiedener Natur. Z. B. wurde in einzelnen der Streik damit motiviert, daß zu viel Aufsichtsbearbeiter vorhanden seien. Es wurde eine Teuerungszulage gefordert während der Ernteperiode. Ueber diese Forderung wird zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in Königsberg noch verhandelt. Von Ort zu Ort zogen Trupps, die die Arbeiter in den einzelnen Orten zwangen, die Arbeit niederzuliegen und in den Streik zu treten. Es ist in einzelnen Fällen auch zu Ausschreitungen gekommen, indem diejenigen, die sich dem Streik nicht anschließen wollten, verprügelt worden sind. In einzelne Gutshöfe wurde eingedrungen und Borräte dabei entwendet.

Eine Verschleierung der Tatsachen.

W. T. B. verbreitet folgende Mitteilung:

Die „Freiheit“ entwirrt sich über die Maßnahmen, die getroffen werden mühen, um dort, wo Landarbeiterstreiks besonders verhängnisvolle Formen anzunehmen drohen, die erforderliche Härte für die Ernte durchzuführen. Die „Freiheit“ nennt diese erforderlichen Maßnahmen „um so schädlicher“, als sie angeblich den Interessen der Landwirte dienen sollen und gegen die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer gerichtet seien. Dazu ist zu sagen, daß die zuständigen Behörden selbstverständlich den ländlichen Arbeitnehmern das gesetzerte Recht in keiner Weise schmälern wollen, und daß ebensowenig irgendwelche unberechtigten Ansprüche der Arbeitgeber gestiftet werden sollen. Die zuständigen Behörden sind aber verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Ernte geborgen wird und das deutsche Volk nicht etwa durch Beschädigung der Ernte in eine Katastrophe von unüberschaubarer Tragweite hineingerät. Dabei mag verwiesen werden auf die auch von der „Freiheit“ abgedruckte Aufforderung des Reichsbauern- und Landarbeiterrates, die im Anschluß an die Forderung, daß die politische und gewerkschaftliche Betätigung nicht behindert werden dürfe, ausdrücklich darauf hinweist, daß es zu einer strengsten Pflicht der Arbeitnehmer gehöre, keine wilden Streiks zu unternehmen und sich stets der Schlichtungsinstanzen zu bedienen und unter allen Umständen dem deutschen Volk die erforderlichen Nahrungsmittel sicherzustellen.

Daß Arbeitgeber, die durch ihren Widerstand gegen die gesetzlich gesicherten Rechte und Ansprüche der Arbeitnehmer diesen Grund zur Arbeitshemmung ziele, und sich auf das Unvermögen des deutschen Volkes verlassen, braucht wohl nicht ausdrücklich festgestellt zu werden. Doch aber auch sie auf das Nachsichtliche zur Erfüllung ihrer nationalen Pflicht angehalten sind und angehalten werden, verheißt sich von selbst.

Die „zuständige Stelle“, die diese Mitteilung verbreitet, scheint nicht richtig lesen zu können. Wir haben lediglich darauf hingewiesen, daß durch den Terrorismus der Agrarier die Landarbeiter in „wilde Streiks“ hineingetrieben worden sind, und daß die militärischen Gewaltmaßnahmen die Ursachen für die Erregung unter den Landarbeitern nicht beseitigen, sondern noch verstärken. Wir geben heute neue Proben davon, wie die „erforderlichen Maßnahmen“ beschaffen sind. Wenn es wirklich zu einer größeren Streikbewegung auf dem Land und zu einer Gefährdung der Ernte kommt, so sind die Behörden daran schuldig, die mit Maschinenabwehren und Panzergrenatzen die Landarbeiter zwingen wollen, anstatt für die Erfüllung ihrer Forderungen zu sorgen.

Die Preussische Landesversammlung will ihre Ferien am 19. Juli beginnen und am 15. September beenden. Der Präsident soll allerdings ermächtigt werden, nötigenfalls das Haus schon vor dem 15. September einzuberufen, insbesondere mit

Rücksicht auf die polnische Frage. Vor den Ferien wird unter allen Umständen eine dringliche Anfrage wegen des Landarbeiterstreiks erledigt werden.

Arbeitszeitverkürzung im Bergbau. Zum Bergwerksbesitzer hat die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung beantragt, die Staatsregierung zu veranlassen, daß vom 1. Oktober 1919 ab für die unterirdischen Bergarbeiten der Bergwerke die 6 1/2 stündige Arbeitszeit und vom 1. Januar 1920 ab die 6 stündige Arbeitszeit eingeführt wird.

Die französischen Sozialisten und der Friede.

Kein FriedensEuropa, sondern ein Kriegseuropa.

Bern, 15. Juli.

Im Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs hat die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung beantragt, die Staatsregierung zu veranlassen, daß vom 1. Oktober 1919 ab für die unterirdischen Bergarbeiten der Bergwerke die 6 1/2 stündige Arbeitszeit und vom 1. Januar 1920 ab die 6 stündige Arbeitszeit eingeführt wird.

Bern, 15. Juli.

Im Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs hat die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung beantragt, die Staatsregierung zu veranlassen, daß vom 1. Oktober 1919 ab für die unterirdischen Bergarbeiten der Bergwerke die 6 1/2 stündige Arbeitszeit und vom 1. Januar 1920 ab die 6 stündige Arbeitszeit eingeführt wird.

Man hätte die Kriegskosten und Kriegslasten zusammenrechnen müssen. Amerika würde eine derartige Leistung begrüßen. Jetzt scheinen sich Amerika und England mit ungefähr 150 Milliarden zufrieden geben zu wollen. Davon erhielt Frankreich ungefähr 50 Prozent, also etwa 70-80 Milliarden. Die übrigen Nationen seien Frankreich gegenüber zu nichts mehr verpflichtet. Sembat erklärte gleichfalls, die hohle Phrase, Deutschland werde alles bezahlen, sei heute in ihrer Unhaltbarkeit offensichtlich geworden. Der Friedensvertrag werde nicht ein neues FriedensEuropa, sondern ein Kriegseuropa schaffen, darin liege die Gefahr. Die gesamte nationalistische Strömung werde genötigt, um die Schranken zu lösen. Renaudel protestierte gegen die Beschlagnahme der deutschen Kolonien, die größte Skandal innerhalb des Friedensvertrages seien. Unter anderem dem Verfall erklärte er, Arbeit bringe der Vertrag Frankreich nicht. Kurz vor dem Schluß der Sitzung sprach Longuet zu einer langen Rede das Wort. Er führte hauptsächlich aus: Man hätte schon vor zwei Jahren Frieden schließen können, als Kaiser Karl seine Vorschläge machte. Man hätte hunderttausend Menschenleben retten und große Ersparnisse vor der Verschwendung bewahren können.

Das Ende der Beratungen.

Verailles, 15. Juli.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat seine Beratungen beendet. Hinsichtlich der Nachregelung der Verhandlungen, die die letzten Kriegskredite bewilligen sollten, wurde beschlossen, die Stellungnahme dazu den einzelnen Verbänden zu überlassen. Der Nationalrat sprach sich noch für eine Amnestie und für die Aufhebung des Belagerungszustandes aus.

Die elässischen Sozialisten gegen den Vertrag.

Bern, 15. Juli.

Aus den Beratungen des Nationalrates der französischen Sozialistenpartei sind die Ausführungen Grumbachs besonders bemerkenswert, der namens des Sozialistischen Verbandes Oberleser gegen den Friedensvertrag, der im Widerspruch mit den 14 Punkten Wilsons Verwahrung einlegte. Grumbach wies darauf hin, daß der Friedensvertrag in geheimen Beratungen ausgearbeitet und betonte, daß die Februar 1919 von der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern aufgestellten Grundsätze über den Vertrag und die Notwendigkeit allgemeiner Wählung nicht in der Verfaller Vertrag aufgenommen worden seien. Der Vertrag habe nicht einmal die Grundlagen eines Weltwirtschaftsvertrages, eines Produktions- und Verteilungsvertrages, beruht also auf den Wurzeln aller Konfliktmöglichkeiten zwischen den einzelnen Völkern nicht. Aus allen diesen Gründen bilde die sozialistische Arbeiterklasse Oberleser die Parlamentsgruppe der französischen Sozialistenpartei, in der Kammer jede Verantwortung für den Friedensvertrag abzulehnen und seine Befestigung zu verweigern. Grumbach hob sodann hervor, wie wichtig und peinlich es sei, daß die elässischen Sozialisten, die ihrem Willen Franzosen geworden, sich jetzt gegen den Vertrag zu wahren mühen. Grumbach sagte hinzu, ein großer Teil der Bevölkerung des Elßes werde durch die Gewalttaten der französischen Militärbehörden schwer enttäuscht. Einem kleinen Orte bei Thann sei eine Gewerkschaftsvereinsleitung, ohne dazu herausgefordert zu haben, von einer Abteilung französischer Soldaten belästigt worden. Die Genäur unbeschreiblich und unglaublich vor. Es herrsche ein wahres Meer der Angeberei. Es sei ein Skandal, daß immer noch eine große Anzahl von Besitzungen von Franzosen beschlagnahmt. Es herrsche unerhörte Unordnung. Wenn die französische Regierung aufhören müsse, dann werde ein nicht wieder gut zu machendes Unglück geschehen.

Im Namen der niederelässischen Sozialisten schloß sich Jacques Drehschuh den Erklärungen Grumbachs an.

Der Verlauf der Siegesfeier.

Paris, 14. Juli.

Nach einer Kavalmeldung begaben sich heute früh die Mitglieder der Reichsversammlung und Joffre sowie der Truppen durch den Seinepräflüsse die Truppen nach dem Triumphbogen. In den Straßen haute sich eine ungeheure Menschenmenge. Zug von etwa 1000 Verwundeten desillerte an dem Place de l'Etoile vorüber. Poincaré begrüßte sie im Namen des Vaterlandes.

Frankreich verlangt Wiedergutmachung.

Verailles, 15. Juli.

„Liberté“ sagt zu dem Tod des französischen Kavallerieoffiziers Mannheim in Berlin, man glaube nicht daran, daß die französische Regierung sich mit dem Schicksal dem spanischen Geschichtsträger nicht zufrieden geben werde. Wiedergutmachung verlangen werde.

Nachspiel zur Verrentung der „Austonia“.

New York, 14. Juli (Reuters).

Alle Schadenersuchansprüche an die Cunard Linie wegen der Verrentung der „Austonia“ wurden gütlich abgewiesen, da das Gericht der Ansicht war, daß die Verrentung des Schiffes ausschließlich durch ein ungesetzliches Vorgehen der kaiserlichen deutschen Regierung zu

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne, Theater am...
1 Uhr: Der böhmische...
8 Uhr: Die Heilige...
2 Uhr: Die Heilige...

Komödienhaus...
an der...
8 Uhr: Die Heilige...
2 Uhr: Die Heilige...

Berliner Theater...
8 Uhr: Die Heilige...
2 Uhr: Die Heilige...

Deutsches Theater...
Abendlich 8 Uhr...
Auch hier war ein...
(Schwank)

Nummerspiele...
Abendlich 8 Uhr...
Leopoldine...
und der Hauptmann...

Theater des Westens...
200. Aufführung...
in der...
7 1/2 Uhr: Die Heilige...

Residenz-Theater...
Abendlich 8 Uhr...
Das Höhere Leben...

Walhallen-Theater...
8 Uhr: Die Heilige...
2 Uhr: Die Heilige...

Trianon-Theater...
Der gute Ruf...
von Hermann...
Sonntag 4 Uhr...

Rose-Theater...
7 1/2 Uhr: O...
Gartenbühne:
8 Uhr: Konzert...

National-Theater...
Familie Mannemann...
8 Uhr: Die Heilige...

Theater a...
Abendlich 7 1/2 Uhr...
Elie-Sänger...
ehem. Mitglied...

Wintergarten...
Dienstag 7 1/2 Uhr...
Variétévorstellung...
Rauchen gestattet.

Berliner Prater...
Festabend...
8 1/2 Uhr: Die Heilige...
Variété...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Waldschloß...
in...
Abendlich 8 Uhr...
Der schönste...

Markenfreie Lebensmittel...
ohne Beschränkung...
Einkäufer werden abgegeben:
Weißbrot...
Mehl...
Zucker...

Kapmännische Privatschule...
Paul Kowalski...
Berlin SO., Köpenicker Str. 143...
Ausbildung in allen...
Tages- und Abendkurse.

Auswanderung...
Südamerika...
auswandern? Dann...
Auswanderung nach...
Tages- und Abendkurse.

Geheimleben des Berliner Hofes...
aus dem...
Aus dem Inhalt: Des...
Ferner: Verboten...
Ein Günstling des Kaisers...

Soeben neue Nummer erschienen...
Der Sozialist...
Ehemalige...
Unabhängige...
Dr. Rud. Breitschfeld.

Zähne 3 Mark!...
Friedens-Kautschuk...
schöne, natürliche...
Zahnpraxis Hatvani...
Hanziger Straße 1...

Schmerzlicher Gedenktag...
In Assoche in...
Richard Rehbock...
Richard Rehbock...

Schmerzlicher Gedenktag...
Richard Rehbock...
Richard Rehbock...
Richard Rehbock...

Schmerzlicher Gedenktag...
Richard Rehbock...
Richard Rehbock...
Richard Rehbock...

Schmerzlicher Gedenktag...
Richard Rehbock...
Richard Rehbock...
Richard Rehbock...

Arbeitsgemeinschaft...
Große Versammlung...
Genossenschaft...
Donnerstag, den 17. Juli 1919...

Deutscher Metallarbeiter-Verband...
Donnerstag, den 17. Juli 1919...
abends 8 Uhr...

Branchen-Versammlung...
der Metall- und Revolverdreh...
Donnerstag, den 17. Juli 1919...

Zentralverband...
Freitag, den 18. Juli 1919...
abends 7 1/2 Uhr...

Freitag, den 18. Juli 1919...
abends 7 1/2 Uhr...
in...
abends 6 1/2 Uhr...

Freitag, den 18. Juli 1919...
abends 6 1/2 Uhr...
in...
abends 6 1/2 Uhr...

Freitag, den 18. Juli 1919...
abends 6 1/2 Uhr...
in...
abends 6 1/2 Uhr...

Freitag, den 18. Juli 1919...
abends 6 1/2 Uhr...
in...
abends 6 1/2 Uhr...

Freitag, den 18. Juli 1919...
abends 6 1/2 Uhr...
in...
abends 6 1/2 Uhr...

Freitag, den 18. Juli 1919...
abends 6 1/2 Uhr...
in...
abends 6 1/2 Uhr...

Spezial-Arzt...
Heil-Anstalt Löser...
Dir.: Löser senior...
Rosenthaler Str. 69-70...

Moderne...
Küchen...
Schlafzimmer...
von 395 Mk. an...
1500 Mk. an...

Abessinier...
Pumpen...
Robert...
Kreuzstraße 21...

Hautjucken!...
Wie ein Wunder...
San-Rat...
Hautauswuchs...

Wie ein Wunder...
San-Rat...
Hautauswuchs...
Hautjucken!

Wie ein Wunder...
San-Rat...
Hautauswuchs...
Hautjucken!

Wie ein Wunder...
San-Rat...
Hautauswuchs...
Hautjucken!

Wie ein Wunder...
San-Rat...
Hautauswuchs...
Hautjucken!

Wie ein Wunder...
San-Rat...
Hautauswuchs...
Hautjucken!

Wie ein Wunder...
San-Rat...
Hautauswuchs...
Hautjucken!

Möbel!...
Sonder-Angebot!...
Eckzimmer...
Speisezimmer...
Couché...
in großer...
Wahl zu...
guten...
Preisen.

Möbel!...
Sonder-Angebot!...
Eckzimmer...
Speisezimmer...
Couché...
in großer...
Wahl zu...
guten...
Preisen.

500 Mark...
zahle ich demjenigen...
vom 14. zum 15. d. M. gestohlenen...
nachweist...
Diskretion zugesichert.

500 Mark...
zahle ich demjenigen...
vom 14. zum 15. d. M. gestohlenen...
nachweist...
Diskretion zugesichert.

500 Mark...
zahle ich demjenigen...
vom 14. zum 15. d. M. gestohlenen...
nachweist...
Diskretion zugesichert.

Spezialarzt...
Haut, Frauenleiden...
Friedrichstr. 131...

Spezialarzt...
Dr. med. Haedicke...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Grätering...
Invalidenstraße 25...

Spezialarzt...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Haedicke...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Grätering...
Invalidenstraße 25...

Spezialarzt...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Haedicke...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Grätering...
Invalidenstraße 25...

Spezialarzt...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Haedicke...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Grätering...
Invalidenstraße 25...

Spezialarzt...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Haedicke...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Grätering...
Invalidenstraße 25...

Spezialarzt...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Haedicke...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Grätering...
Invalidenstraße 25...

Spezialarzt...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Spezialarzt...
Dr. med. Haedicke...
Haut- und...
Friedrichstr. 99...

Der Streik der Verkehrsarbeiter.

Das Verkehrspersonal hatte den Kampf um ihre berechtigten Forderungen einer wirtschaftlichen Beihilfe unter denkbar schwierigsten Verhältnissen zu führen. Reichs- und Kommunalbehörden standen von vornherein auf Seiten der Arbeitgeber. Eisenbahnminister Dezer ermahnte die Arbeitgeber, den Forderungen in keiner Weise nachzugeben. Das Reichsarbeitsministerium erklärte, die Arbeiter seien im Unrecht. Das Recht liege auf Seiten der Arbeitgeber. Die Kommunalbehörden haben die Forderungen der Straßenbahner ebenfalls mit schelen Augen angesehen. Der Grund war wohl darin zu suchen, daß die Verkehrsarbeiter mit dem 1. Januar 1920 an den Zweigverband übergehen und sie eine Belastung dadurch befürchteten.

Die gesamte reaktionäre Presse gebärdete sich wie toll und suchte eine Pogromstimmung gegen die Verkehrsarbeiter zu erzeugen. Reichlich bewegte sich der sog. Bürgererrat. Diesem Gauslein engbergiger Spießer- und Krämerseelen darf allerdings keinerlei Bedeutung beigemessen werden. Aber auch die gesamte bürgerliche Presse einschließlich des „Vorwärts“ und auch die Bezirkskonferenz der S. P. D. nahm in einseitiger Weise und tendenziösen Berichten gegen die Straßenbahner Stellung. Der Streikleitung der Straßenbahner wurde es durch die Firma Kauf u. Hartmann unmöglich gemacht, durch einen Aufruf an den Wahltag allen diesen Entstellungen und Unwahrheiten entgegenzutreten.

Aber das Übergewicht war der Bewegung durch die Organisation des Transportarbeiter-Verbandes selbst angehängt worden. Der Hauptvorstand und die örtliche Verwaltung hatte über die Köpfe der Mitglieder hinweg mit dem Arbeitgeberverband ein Kollektivabkommen abgeschlossen. Bei dieser Bewegung ist die Gefährlichkeit des Kollektivabkommens für die Freizügigkeit der Arbeiterschaft in trostloser Erinnerung getreten. Bei der ersten Verhandlung vor dem Holzgerat beriefen sich die Arbeitgeber triumphierend auf das Kollektivabkommen und bezichtigten die Verkehrsarbeiter des Kontraktbruchs. Da Waurat Otto verlangte sogar von den Vertretern des Transportarbeiterverbandes, daß sie diese Mitglieder eigentlich aus dem Verband ausschließen müßten, wenn die Arbeitgeber den Verband weiter als Vertragskontrahenten betrachten sollten. Die Erwiderungen und die Vertretung der Forderungen durch die Verbandvertreter in dieser Zwangslage haben gerade kein erhebendes Bild. Es blieb eigentlich nur der Streikleitung überlassen, kräftige Töne für die Vertretung der Forderungen zu finden.

Aus all diesen Umständen haben die Verkehrsarbeiter manches zu lernen. Schon nach den ersten Streiktagen war es ersichtlich, daß die Unternehmer diesen Kampf zu einer Machtprobe gestalteten. Bedingungslos wollten sie das Verkehrspersonal zur Arbeit zwingen. Alle denkbaren Machtpositionen fanden ihnen dabei zur Seite, die Niedrigelohn sollte gleichzeitig ein Schlag für die gesamte Arbeiterschaft sein. Die Verkehrsarbeiter, die als eine junge Organisationsgruppe zu betrachten sind, haben diese Feuerprobe glänzend bestanden. Ihre Solidarität hat sich glänzend bewährt. Durch ihre Standhaftigkeit haben sie die Arbeitgeber erneut an den Verhandlungstisch gezwungen. Die Arbeitgeber mußten den Rückzug antreten und unter einer anderen Form Konzessionen machen. Die vorläufigen Zugeständnisse sind gegenüber der Forderung ansehnlich gering, aber der Hauptzweck, dem noch die endgültige Stellungnahme zu den berechtigten Forderungen der Verkehrsarbeiter zufällt, soll sich des Erfolges der Situation befreuen sein, denn nur das Gefühl einer berechtigten Forderung kann solche Solidarität und Ausdauer erzeugen. Wenn Arbeiter jetzt abreden, so geben sie innerlich gelähmt und geschlagen aus diesem Kampf hervor.

Weiter hat ihnen dieser Kampf gezeigt, wo ihre Feinde liegen, und daß sie nur auf die Sympathie und Solidarität des klassenbewußten Proletariats zu rechnen haben, und die Arbeiterpresse allein in der ärmsten Not ihre treue Sachwalterin ist. Fest und einmütig müssen sie sich in ihrer Organisation zusammen schließen; aber auch mehr als bisher die Leitung und Tätigkeit ihrer Organisation überdenken. Eine Kampforaganisation, erfüllt mit dem neuen Geist der Zeit, wo der alte Bürokratismus seinen Platz verliert. Befreiung des Kollektivvertrags, der sich als eine gefährliche Fessel in diesem Kampf erwiesen hat, muß ihre nächste Aufgabe sein.

Frei, schließlich aus Wert! Denn uns stehen noch hohe und ideale Ziele bevor. Der Befreiung des Proletariats vom Kapitalismus und der Verwirklichung des Sozialismus müssen wir unsere ganze Kraft widmen!

Die Zentralstreikleitung der Verkehrsangestellten tritt auf.

Im Namen aller Streitenden sagen wir hiermit der gesamten Arbeiterschaft Groß-Berlins für die uns entgegenkommende Sympathie unseren Dank. Im Gegenseitigen danken wir allen denen, die uns vollkommen entgegengekommen sind, besonders der bürgerlichen Presse und den vielen Futuristen, welche die härteste Verachtung aus. Auch diese Kreise werden eines Tages die Berliner Arbeiterschaft noch haben.

Wir leben uns genügt, auf Grund des entstehenden Bewusstseins über die Vertrauensmännerkonferenz, so wichtiges zu erklären: Es ist falsch, von einem Streikbruch der Grundes zu sprechen. Es ist falsch, von einem Streikbruch der Grundes zu sprechen. Es ist falsch, von einem Streikbruch der Grundes zu sprechen.

Zentrale Maßnahmen veranlassen uns, den Kampf abzuwehren, um die Kraft der Berliner Arbeiterschaft nicht bis zum Weichbluten zu schwächen. Die Streitenden geben in den Besprechungen am Montag im Sinne der Resolutions im Wirken zu wollen, die darauf hinweisen, jede Indifferenz ist aus ihren Reihen zu bannen, um zu jeder Stunde dem Ruf zur Folge zu leisten, der an sie ergoht, als Bannworte der Berliner Arbeiterschaft zu wirken.

Die Zentralstreikleitung.

An alle Verkehrsarbeiter Groß-Berlins!

Reflektiert! Es geht nicht, wie wir in den Streik traten und wieder in die Betriebe zurückkehrten, so fest geschlossen wollen wir auch weiterhin bleiben. Unsere nächste Aufgabe ist es, die Gewerkschaft und die Partei noch fester aufzubauen, konzentriert

auf die Presse, die einem freien Arbeiter zuzusagen und rechnet mit den Mäthern und der Partei ab, die uns während des Streiks in den Rücken fiel.

Ein Aufruf der Zentralstreikleitung.

Deutsche Nationalversammlung.

57. Sitzung vom Dienstag, den 15. Juli 1919.

Präsident Hehrenbach eröffnete die Sitzung um 9 Uhr 50 Min. Abg. Thiele (Soz.) stellt eine Anfrage über das von den Bewertungsstellen beschuldete Vergehen, das dem Schleichhandel Vorzug gewährt und das Ergebnis beträchtlicher Zwischengewinne ermöglicht habe.

Ein Vertreter des Reichsschatzmeisters erteilt die Auskunft, daß die Zwischengewinne sich in erträglichen Grenzen bewegen und teilweise der Fiskus an dem Verdienst beteiligt werde. Die Verbeisführung einer Preissteigerung würde erfolglos sein.

Das Haus tritt in die Wahl eines Vizepräsidenten der Nationalversammlung für den ausgeschiedenen Unterstaatssekretär Schütz-Ottobrunn (Soz.) ein.

Abg. Grotzer (Z.) tritt für Wahl durch Jura ein und schlägt, da kein Widerspruch erfolgt, den Abgeordneten Loche (Soz.) als Vizepräsidenten vor.

Die Wahl erfolgt einstimmig. Es folgt die Abstimmung über den Antrag des Ausschusses für die Wahlprüfungen im Regierungsbezirk Düsseldorf. Der Ausschub hat teilweise Nachwahl vorgeschlagen. Der Abg. Dr. Spahn (Z.) hat dagegen Zurückweisung an den Ausschub beantragt. Das Haus beschließt mit großer Mehrheit gemäß dem Antrage Dr. Spahn.

Zweite Beratung des Verfassungsentwurfes

mit dem zweiten Hauptteil Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen fort. Artikel 107 bestimmt einleitend: „Die Grundrechte und Grundpflichten bilden die Basis der Beziehungen zwischen Staat und Individuum.“

Abg. Dr. Luppe (Dem.) beantragt eine Änderung dahin, daß die Grundrechte und Grundpflichten nur Richtlinien (nicht auch Schranken) sein sollen.

Abg. Grotzer (Z.) beantragt, den Artikel zu streichen. Abg. Cohn (U. Soz.): Wir halten den Art. 107 für einen der wichtigsten der ganzen Verfassung. Wird er abgelehnt, so würde das ganze Kapitel der Grundrechte nicht mehr sein als ein schöner Monolog mit dem die Praxis der Rechtsentwicklung nichts anfangen kann.

Art. 107 wird gestrichen. Art. 108 bestimmt: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich.“

Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich-rechtliche Rechte und Nachteile der Geburt oder des Standes bestehen nicht. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. Titel dürfen nur als Amts- oder Berufsbezeichnung verliehen werden. Akademische Grade sind dadurch nicht betroffen. Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen.

Die Abg. Heine (D. Vpt.) und Gen. beantragen die Streichung sämtlicher Bestimmungen über die Adelsbezeichnungen, Titel, Orden und Ehrenzeichen.

Die Unabhängigen Frau Haas u. Gen. beantragen: „Der Adel ist abgeschafft. Rechte oder Nachteile (als nicht nur öffentlich-rechtliche) der Geburt oder des Standes bestehen nicht.“ Ferner wollen sie im zweiten Satz des Entwurfs des Wortes „grundsätzlich“ streichen.

Die Sozialdemokraten Kuser u. Gen. beantragen ferner die Einfügung: „aufgehoben sind alle Bestimmungen, die die Rechtstellung der Frau auf dem Gebiete des burglichen Rechts beschenken.“

Endlich beantragen die Sozialdemokraten Frau Juchacz und Genossen hinter dem Vorbehalt der Gleichstellung von Männern und Frauen den Zusatz: „Die Bestimmungen des öffentlichen und burglichen Rechts sind entsprechend zu gestalten.“

Abg. Frau Juchacz (Soz.): Der Frau können wegen ihrer besonderen Veranlagung nicht dieselben Pflichten auferlegt werden wie dem Manne, wie z. B. Waffen- und Kriegsdienst. Den Adel abzuschaffen, entspricht einer Forderung der heutigen Zeit und der ganzen Art der Verfassung.

Auf Antrag Dr. Hart (Soz.) wird über die sozialdemokratischen Anträge wegen Gleichstellung der Frau namentlich abgestimmt.

Abg. Frau Teuch (Cent.): Wir können uns mit einem System der absoluten Gleichmacheri nicht einverstanden erklären.

Abg. Dr. Graf Wolfenbüttel (Dnat. Vp.): Die Anträge können nur das Ziel, ohne etwas zu erreichen. Sittlich-gesellschaftliche Stellung der Männer und Frauen im öffentlichen Leben stellen wir den Standpunkt des Parteipersonals, der eben klar und würdig begründet wurde.

Abg. Frau Heil (U. Soz.): Dieselben Gründe, die heute gegen die Gleichstellung der Frauen vorgebracht werden, haben wir schon gehört, als es sich um das Frauenstimmrecht handelte. Heute fragt man auf dem deutschnationalen Parteitag in Berlin das Lob der politischen rtigen Frauen. Die Frau leistet die schwersten Pflichten in der Geburt und der Erziehung des Kindes. Sie ist aber nicht der Vermund ihres Kindes und hat nicht das Recht, es vor Gericht zu vertreten. Mit solchen Worten hat den Adel bei Frau Wolfenbüttel doch nur pro domo gesprochen.

Abg. Dr. Cauer (Soz.) stellt mit Genehmigung eine weitgehende Uebereinstimmung in den Anträgen der beiden sozialdemokratischen Parteien fest.

Abg. Dr. Ludde (Dem.) tritt für die Ausschussfassung ein und weist darauf hin, daß die radikale Vorgehensweise des Adels in der bayerischen Verfassung dadurch aufgehoben würde.

Damit schließt die Besprechung. Artikel 108 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Der Antrag Agnes (U. Soz.) auf Streichung des Wortes „grundsätzlich“ wird durch Abstumlung mit 149 gegen 110 Stimmen abgelehnt; der Antrag Frau Juchacz und Genossen (Soz.) betreffend die Gleichstellung von Männern und Frauen wird in namentlicher Abstumlung bei drei Stimmenthaltungen mit 144 gegen 128 Stimmen abgelehnt; der Antrag Cauer betreffend Adel und Titel wird in namentlicher Abstumlung bei zwei Stimmenthaltungen mit 149 gegen 127 Stimmen abgelehnt.

Artikel 109 bestimmt, daß die Staatsangehörigkeit im Rechte und in den Bändern nach den Bestimmungen eines Reichsgesetzes erworben und verloren wird. Der Artikel wird unverändert angenommen.

Artikel 110 (Freizugigkeit im ganzen Reich) wird ohne Eruterung angenommen.

Präsident des Reichsministeriums Bauer: Der Abg. Ahmann wünscht eine Erklärung, daß alles richtig werde, um denjenigen Staatsbürgern, die die polnische Nationalität erwerben müssen für spätere Zeit die Macht in den deutschen Staatenverband zu erklären. Ich kann erklären, daß die Regierung noch nicht erfolgt ist, noch meines Uebertreffens die

Aussage hat, daß diesem Wunsch nach Kräften Folge geleistet werden soll.

Art. 112 bestimmt den Schutz der freien volkstümlichen Entwicklung der fremdsprachigen Volksteile.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) befürwortet den Antrag seiner Partei, statt „fremdsprachigen Volksteile“ zu sagen „nationale Minderheiten“, die Sprache allein könne nicht als Kriterium für die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit angesehen werden. In Deutschland käme eine ganze Reihe von Volkstammen in Betracht, die ein Recht auf ein eigenes nationales Kulturbild haben, wie die Juden, Russen, die Polen, die Polen, die ihre polnische Muttersprache schon vor Generationen aufgegeben haben, und andere. Auch der Volksbundentwurf schuge nicht die fremdsprachigen, sondern die nationalen Minderheiten.

Präsident Hehrenbach erklärt den Antrag Cohn für abgelehnt.

Darauf begreifelt Abg. Geyer die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Hehrenbach: Die Beschlußfähigkeit der Versammlung ist nur vor einer Abstumung möglich.

Abg. Geyer (U. Soz.): Es liegt uns fern, die Beratung der Verfassung zu beschleppen, doch müssen wir in der Spezialberatung der zweiten Lesung eingehendere Erklärungen verlangen. Der Präsident sollte sich der Wünsche des Senatskomitees erinnern, von denen er aber abweichen zu wollen scheint. Wenn er heute sagt, er wolle die Beratung fortsetzen, so ist das nicht recht und entspricht nicht den Gepflogenheiten der Reichsversammlung. Wenn er glaubt, die Verfassung bis zu einer bestimmten Stelle fertigstellen zu können, so wird er zur Unzeitigkeit im Parlament und in den Präzisionen erweichen.

Abg. Dr. Hartmann (Dnat.) wendet aus drustlichen Gründen vor der Annahme des Antrages der Unabhängigen ein.

Abg. Frau Heil (U. Soz.): Wir haben den Antrag aus Mitleid mit den Prostituierten gestellt, die zum Freiwild für psychische Schäden gemacht werden. Die Ausnahmebestimmungen bedeuern aber auch eine Gefahr für jede Frau; hochanstandige Frauen sind infolge dieser Bestimmungen schon grundlos der Polizei ausgeliefert worden. Unter anderm über die Krante des Hauses spricht die Rednerin über Einzelfragen der Prostituierten.

Präsident Hehrenbach weist die Rednerin drauf hin, daß zu einer usschlussigen Behandlung dieser einen Frage die Beratung des Verfassungsentwurfes ungeeignet sei.

Abg. Frau Heil (U. Soz.) fährt unter anderm über die Schlichtrufen des Hauses fort und endet mit der Bemerkung, daß die Prostitutionsfrage erst nach Beilegung der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung gelöst werden müsse.

Die Abg. Frau Luhe (Soz.), Frau Dlos (Soz.) erfinden um eine Erklärung der Regierung, daß die Sache geregelt werden soll. Auf diese Weise könne man sich zufriedengeben.

Abg. Dr. Rahl (D. Vp.): Frau Heil hat offenbar keine Meinung von dem, was vor sich geht.

Abg. Frau Heil (U. Soz.): Ein großer Teil meiner Tätigkeit war gerade, mich um diese Dinge zu kümmern. Aber die Gesetzgebung war mir entzogen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Es ist bedauerlich, wie sich Dr. Rahl in dieser unwürdigen Weise kühnen konnte.

Präsident Hehrenbach: Ich weiße diese Aussprechung zurück (Beifall).

Artikel 118 wird unter Beilegung des Antrages Agnes (U. Soz.) angenommen.

Präsident Hehrenbach: Es wird mir eben mitgeteilt, daß im Saale geruscht wird. Ich mache darauf aufmerksam, daß das Rauschen nicht ulzig ist, und ich bitte, es zu unterlassen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 9 1/2 Uhr vorm. — Beschlusse Sitzung 2 Uhr.

Preussische Landesversammlung.

Kleine Anfragen.

Gen. Rosenfeld richtet in der Sitzung vom Dienstag an die Regierung die Anfrage, ob sie die Förderung der Lebensversicherungen im Osten durch den Scheinsozialisten Winnig sowie dessen Drohung mit bewaffnetem Einmarsch in Polen kunfte. Der Regierungvertreter bespricht die Möglichkeit der in der Anfrage behaupteten Tatfachen, trotzdem sie unabweisbar durch die gesamte Presse gegangen sind.

Eine Anfrage des Gen. Blichstein über die polnische Verlesung der Sekretariate der Unabhängigen Sozialdemokratie in Breslau wurde dahin beantwortet, daß die Verlesung von miltarischer Seite angedrohet worden sei zu dem Zweck, die Ausbreitung des Generalstreiks zu verhindern. Die Verlesung sei inzwischen aufgehoben.

Die Frage des Gen. Leib über die weltliche Verbindung einer Arbeiterkammer in Berlin, konnte eine Antwort noch nicht erfolgen, da sie erst dem Kriegsminister übermittelt werden soll.

Darauf wurde das Gesetz über das Gemeinde- und Bürgerrecht der Frauen in zweiter und dritter Lesung schaltelos angenommen.

Die kommunalen Arbeiterräte.

Die kammliche Anfrage unserer Fraktion: Was gebot die Preussische Staatsregierung zu tun, um das Fortbestehen des kommunalen Arbeiterrates zu sichern? gab dem Gen. Dr. Wenzel Gelegenheit, die reaktionäre Haltung der Regierung aufzuklären zu gehen. Die Anfrage ist bereits am 26. Mai gestellt worden, aber erst in der jetzigen Sitzung konnte sie beantwortet werden. Eine Antwort erfolgte nicht. Es bedarf einer solchen auch gar nicht. Die von der Regierung hierüber inzwischen erteilten Befehle sprachen deutlich genug, wie Gen. Wenzel ausführte. Darin werden die kommunalen Arbeiterräte für nicht mehr am Leben erklärt. Die Möglichkeit derselben werde jedoch von allen einseitigen Männern anerkannt. Und die breite Masse des Volkes forderte ihre Beibehaltung als Institut ihres Vertrauens Integrität. Verleugne die Regierung diese Anerkennung des Revolutionsrechtes, dann verneine sie ihre eigene Gerechtigkeit und sie müsse konsequent alle Reaktionen über Bord werfen. Sie dürfe jedoch nicht glauben, daß Volk werde sich dies widerspruchslos gefallen lassen. Die revolutionäre Entwicklung werde über alle reaktionäre Spannungen hinwegschreiten.

Etat des Ministeriums des Innern.

Endlich, nachdem die groÙen Rolle von Annagen und Anfragen zu diesem Etat begründet worden war, kam der Etat selbst zur Verhandlung. Der Rechtsminister Dauschold verwarf groÙe Rübe daraus, unserer Partei nachzuweisen, daß sie in der Mehrheit keine einheitliche Haltung eingenommen habe. Er lehnte die politischen MaÙe ab und erkannte die Notwendigkeit des wirtschaftlichen MaÙsystems an. Der Zentrumsmann E. Schmedding sprach mit begehrtlicher Gemuttheit über die Erweiterung der Kompetenz der Provinziallandtage, befandlich die reaktionäre Frucht des schändlichen Kompromisses der Sozialdemokraten mit dem Zentrum. Dann lobte er das Ausbarten der Beamten auf ihren Posten, wodurch diese vieles vor dem Umsturz bewahrt hätten und verlangte deren Verringerung.

Die Deutschnationalen, seit sie in Opposition sind, haben sich von den schon verhandelten Beschlüssen der Reichstagspartei vorzuziehen durch ihre inkonsistente Haltung ab. Sie geben gradlinig auf ihr Ziel los. Der Abg. v. Harbort erklärt sich im Namen seiner Partei gegen die Sozialdemokraten, die keine

Groß-Berlin.

Konferenz der Groß-Berliner Gemeindevertreter der U. S. P. D.

Am Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr, im Berliner Rathaus, Stadtverordnetenitzungsaal.

- Tagesordnung:**
1. Stellungnahme zur Reorganisation Groß-Berlins. Ref.: Gen. Leib.
 2. Diskussion.
 3. Wahl der Arbeiterausschüsse.
- Der Kommunale Ausschuss der U. S. P. D. Groß-Berlins. V. A.: Dr. Rosenfeld.

Bekanntmachung des Volksgurats.

Am Sonnabend, den 19. Juli, vormittags 9 Uhr, findet in den Germaniaälen, Chausseestraße 110, die Vollversammlung der Arbeiter, der kommunalen Arbeiter, sowie der Delegierten der Soldatenräte statt.

Tagesordnung:

1. Erledigung der Beschlüsse der letzten Vollversammlung.
 2. Die Tätigkeit und die Finanzierung des Volksgurats und der Arbeiterräte.
- Dr. Drobnik, v. R. Müller.

Finanznote des Berliner Volksgurats.

Eine Berliner Volkskorrespondenz teilt mit: Der Berliner Volksgurat stellt wiederum vor einer Finanznotlage, deren Lösung auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Bekanntlich hatte der Berliner Volksgurat von dem beschlossenen Kabinett eine Anerkennung als maßgebende Vertretung der Berliner Arbeiterschaft erhalten und bezog in dieser Eigenschaft gewisse feste Einkünfte vom Reichsbauamt. Auch die Stadt Berlin hatte dem Volksgurat eine einmalige Beihilfe von fast 100 000 Mark gewährt. Nach der Auflösung des Kabinetts wurden dem Volksgurat durch das Reichsbauamt jedoch die Bezüge gestoppt, da der Reichsbauamt nicht dem Volksgurat die Anerkennung als offizielle Vertretung verweigert. Infolgedessen hat der Volksgurat sich an die Regierung gewandt, um eine offizielle Anerkennung zu erlangen. Ferner fordert er, daß die Regierung durch Diktat die Finanzierung dieser Körperschaft durch die Betriebe regelt, welche Arbeiter- oder Arbeiterräte besitzen. Diese Forderung, welche eine nicht unerhebliche Belastung der Firmen bedeuten würde, ist jedoch vorläufig abgelehnt worden. Infolgedessen will der Volksgurat zunächst, um seine dringlichsten Verpflichtungen nachkommen und seine Ausgaben bezahlen zu können, eine Sammlung unter der Groß-Berliner Arbeiterschaft veranstalten.

Die Kommunalisierung der Straßenbahn.

Am Samstag in Berlin-Mitte fand gestern vormittags 10 Uhr vor dem kassenpflichtigen Richter die Verhandlung des Kontraktvertrages zwischen dem Verband Groß-Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn statt. Der Verband Groß-Berlin war durch Bürgermeister Dr. Heise und Professor Dr.-Ing. Giese vertreten; für die Straßenbahngesellschaft unterzeichneten zwei Mitglieder des Vorstandes. Der Vertragspreis beträgt, wie bekannt, rund 197 1/2 Millionen Mark. Der Verband Groß-Berlin verpflichtet sich, die zum Kauf der Aktien bestimmten vierprozentigen Verbandsobligationen vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1919 an der Kasse der Großen Berliner Straßenbahn zum Umtausch bereitzustellen.

Entschädigung der Straßenbahnabnehmer.

Die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn teilt nach folgendem mit:

Am Anlaß des Streits in Straßenbahnbetriebe werden die Preise für die allgemeinen Zeittarifen für Juli dieses Jahres wie folgt festgesetzt:

| | |
|--|-------|
| für eine Linie 8—20, tarifmäßiger Preis 13,70 Mt.; | |
| zwei Linien 10— | 17,50 |
| drei " 13— | 23— |
| vier " 18— | 29— |
| fünf " 20— | 35— |

Die Maxien sind ausschließlich in der Ga. Leipziger Platz 14 (Wochtags von 9 bis 5 Uhr) ersichtlich.

Den Inhabern von Zuckerkarten werden dementsprechend gegen Vorlage der Karten mit der Nullmarke oder Nullgäbe der Nullmarke in der Zeit vom 4. bis spätestens zum 16. August des Jahres an die Ga. erstattet; auf eine Marke für eine Linie 5,70 Mark,

darum antrage pönung erfragt, und sich in einem Kassen ausstellen freuen die unerlässliche Verzinsung für den Vorbestand des Deutschen Reiches. Dann beachte er die Schluß nach dem alten System ganz offen und unterhält zum Ausdruck. Dem geplanten Groß-Berlin steht er nicht gegenüber. Der Kaiserhof beabsichtigt ihn zu überwinden. Er fordert ferner behauptet die Volksguratsmitglieder, mußten anerkennen, daß die Arbeiterbewegung genügend gelernt haben, demnach sie aber trotzdem und beizide zum Schluß die Hoffnung aus, daß der Tag kommen werde, wo sie wieder im Schutze sitzen würden.

Inzwischen hat der Herr Freund beteuert, daß auch die Regierung für die Unterwerfung des Staates bereit sei. Den Arbeiterkräften sollte er Anerkennung und doch — sie seien zu einzeln aufzubauen und die mangelte ihnen am Werk fürs Ganze. Nach ihm kam nach der Demotet Dominica zu Wort, der einer durchgreifenden Verwaltungsreform forderte und sich gegen das Streifen wendete.

Dann trat Verhandlung ein. Nächste Sitzung Mittwoch 19 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Der Streit in den Versorgungsämtern.

Die streikenden inaktiven Mannschaften der Versorgungsämter der Bezirksamtes I bis VI hielten gestern eine Versammlung ab, in der einleitend mitgeteilt wurde, daß die Einigungsversuche mit den Vertretern der Behörde zu keinem Resultat geführt haben und deshalb kein anderes Mittel als der Streik übrig blieb. Die Behörden hätten nie Zeit für die Devisierung des Personalpersonals gehabt und die Vorgesetzten hätten sich ständig verteidigt. Auch das Reichswirtschaftsministerium habe sich nicht zu Verhandlungen bereit erklärt. Die Regierung versuche überhaupt, die Versorgungsämter vollständig zu immobilisieren, wozu sich die Streikenden energisch wenden. Ein Skandal ist die Entlohnung, die 6,76 Mark täglich beträgt; trotzdem wurde einem Kriegssoldatigen, der dort arbeitet, die Rente entzogen, weil er dort beschäftigt sei. Es sind auch schon Streikführer angefordert worden, teilweise mit Erfolg. Darunter befindet sich ein aus Polen zurückgekehrter Lehrer namens Pelme, der sich großes Geld in Höhe von 500 Mark wiederbezieht und daher auch leicht erhaschen konnte, daß er bereit sei, eventuell für 2 Mark täglich zu arbeiten.

Gegen die Streikenden geht nun genau so vor wie in anderen Fällen. Der Hauptmann Weiß hat verfügt, daß sämtliche Ausfälle sich als sofort entlassen zu betrachten haben. Weiter wurde mitgeteilt, daß der sein Hause Wilhelmsstr. 88, wo sich die Kurverwaltung der Versorgungsämter befindet, besetzte Kosten stellen. Die Stimmung unter den Streikenden ist aber trotzdem eine überaus gute, und die Diskussionen über den Streik sind zur Einigkeit und Geschlossenheit auf, um diesen Wirtschaftlichen Kampf durchzuführen.

Die Streikenden fordern: 1. Abschaffung der durch Hauptmann Weiß verhängten sogenannten Entlassungen aller Ausfälle; 2. Abschaffung des Geldentzugs, welcher zum Eintritt in die Reihen der Streikenden führt; 3. Übernahme sämtlicher Streikenden Versorgungsleistungen durch die Behörde; 4. Unregelmäßige Bezahlung; 5. Abbrechnungen dürfen an den Streikenden und ihren Familien nicht erfolgen.

Wie die Bundesrat-Inspektion Berlin mitteilt, werden diese Forderungen jetzt von der Regierung geprüft und ist die Antwort in nächster Zeit zu erwarten. Nun scheint also die Regierung Zeit zu haben, sich mit den Forderungen zu beschäftigen.

Lohnforderungen der Schuhmacher.

Die Preisliste, die in der mechanischen Schuhindustrie für die Bestimmung der Lohnforderungen in Höhe von 2,50 bis 3,00 Mark für weibliche Arbeiter. Ganz besonders gering sind die Löhne der Hilfskräfte.

Die Überwälzung des Zentralverbandes der Schuhmacher wurde beantragt, dem Arbeitgeberverbande generelle Lohnforderungen von 2 Prozent für sämtliche männliche und 50 Prozent für sämtliche weibliche Arbeiter zu unterbreiten. Ferner wurde die Abschaffung wichtiger Arbeit und feste Garn- und Seidenbelieferung verlangt.

Daß die geforderten Löhne eine geringe Erhöhung der Schuhpreise im Wege haben, wurde nicht in Erwägung gezogen. Die geforderten Löhne würden, wenn die Unternehmer von diesem Profit nichts ablassen will, die geringe Erhöhung von 1 Mt. pro Paar mit sich bringen. Wer müssen denn die Lohnforderungen unbedingt auf die Konsumenten abzuwälzen werden?

Die Schuhmacher können es auch nicht verstehen, daß trotz der verhältnismäßig geringen Produktion die Lohnforderungen noch sechs monatlangem Warten keine Erhöhen erhalten. Solche Forderungen sind zu beklagen, daß sie nicht einzeln für die in ihrem Bereiche beschäftigten Arbeiter Stiefel zum Schußverbrauch abgeben.

Die große Berliner Messe, die drei Wochen in den Monaten Juli und August in allen Teilen des Reiches auf sich ziehen wird, ist ein erhebliches Preisnachlass gewährt.

Die am 10. Juni gefällten Doppelbrotkrücker gehen zur zweiten Jahreshälfte nach am 16. und 18. des Monats. Die Gültigkeit der laut Anspruch bis 31. Juli des Jahres geltenden Sammelkarten wird bis zum 15. August des Jahres einseitig verlängert. Arbeiterbesoldungen der Woche vom 20. Juni bis 6. Juli des Jahres gelten für die mit Sonnabend, den 10. des Monats endende Arbeitswoche.

Eisenbahnunfall auf Bahnhof Gesundbrunnen.

Gestern nachmittag ereignete sich auf dem Bahnhof Gesundbrunnen ein Eisenbahnunfall, der glücklich ohne ernsthafte Folgen blieb. Infolge Versagens der Bremse überfuhr der Stettiner Bahnhof kommende Vorortzug 251 das auf Hall stehende Einfahrsignal des Bahnhofs Gesundbrunnen und fuhr auf den dort haltenden Vorortzug 838 nach Wetzlar. Von beiden Zügen entgleiserte infolge des Knurrens je ein Wagen mit einer Achse, wobei 20 Personen leicht verletzt wurden. Infolge des Zusammenstoßes wurde die Lokomotive und zwei Wagen leicht beschädigt. Der Verkehr wurde zwischen Stettiner Bahnhof und Gesundbrunnen einseitig vorübergehend, bis in den Abendstunden die Störung beseitigt war.

Abtritt des Schwabener Polizeipräsidenten. Wie wir bereits berichtet haben, hat der Polizeipräsident von Schwabener, Freiherr v. Hübnerhausen, sein Abtrittsgehalt eingereicht.

Wilmersdorf, Kinderferienspiele für Kinder von 6-8 Jahren finden täglich außer Sonnabend und Sonntag im Grunwald unter Aufsicht der Polizei statt. Treffpunkt um Donnerstag ab 6 Uhr mittags am Bahnhof Schwarzbergstr.

Lebensmittellisten.

Mariendorf, 30 Gramm Margarine, 40 Gramm Weizenmehl, 250 Gramm Speck, 125 Gramm Margarine, 1/2 kg Reis, 1/2 Kilo Mehl. Im Kranke und Personen über 10 Jahre alt in Altkassen und verbundene Häuser 1 Lt im Zimmer 3 des Rathauses 8-12 Uhr.

Wilmersdorf. Die amerikanischen Speisewaren werden nicht mehr einwohnerlich mit 1/4 Pfund, sondern als zwei Wochen mit 1/2 Pfund pro Person verteilt. Die erste Ausgabe in dieser Woche erfolgt in der Woche vom 14.-20. Juli auf Veranlassung des Reichs- und Provinzialverwaltungen. An Sonderausgabe auf Veranlassung des Reichs- und Provinzialverwaltungen 2 Päckchen Konfitüren, 1/2 Pfund Honig, 277 K. u. a. s. je 100 Gramm Schokolade und 155 Gramm Schokolade durch die hiesigen Konsumgenossenschaften zu 1/2 Pfund ausfallenden Abgabe 23 und 23 der Konsumgenossenschaften 25 und 25 der Groß-Berliner Lebensmittellisten je 75 Gramm Brot bzw. 100 Gramm Kartoffelbrot. Auf Veranlassung der Konsumgenossenschaften 50 Gramm Weizenmehl. Gegen Vorlegung des vom 7. Juli fälligen Gutscheines 125 Gramm Margarine.

Reichskanzlei. Die Ausgabe der auf Abchnitt 41 auszufällenden Beauftragten an die Händler erfolgt am 13. für den Osten und am 19. u. S. für den Westen im Depot, Kopenhagener Straße, von 8-5 Uhr. Die Ausgabe der auf Abchnitt 45 auszufällenden Beauftragten erfolgt am 21. für den Osten und am 22. Juli für den Westen im Depot, Kopenhagener Straße, von 8-5 Uhr. Auf Abchnitt 21 der Lebensmittellisten (sonstige Verkaufsstellen) ein Viertel Pfund Zucker für je 200 Fg. Die Ausgabe erfolgt auf Wunsch am 18. am 19., B. am 21. und 22., C. am 23. und 24. am 25. und 26. Juli.

Aus den Organisationen.

Zellwirtschafter. Zu der am Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr im Berliner Rathaus stattfindenden Gemeindevorstanderversammlung für Groß-Berlin, treten sich die Vertreter des Reichs- und Provinzialverwaltungen im Saal des Berliner Rathauses zu einer Besprechung.

Reichshilfe. 11. Bezirk. Der Bezirksverband findet erst am Donnerstag 7 Uhr abends statt. Thema: „Die politische Lage“.

Reichshilfe. 13. Bezirk. Heute, Mittwoch, Bezirksversammlung bei Schulmeistermann, Hermannstr. 10, Lagerstr. 22. Bezirk. Berlin, Mittwoch, Bezirksversammlung bei Benthin, Bobbeistr. 18, Ecke Rosenstraße. Vortrag und Bericht.

Reichshilfe. Die Genossen werden ersucht, die ausgefallenen Mitgliedsbeiträge bei Gemann, Schillingstr. 34, abzugeben.

Tegel. Mittwoch abends 8 Uhr Mitgliederversammlung nicht schulpflichtiger, sondern Kula Volksschule, Trechowstr.

Schwabener. Die Besessenen werden ersucht, die ausgefallenen Mitgliedsbeiträge bei Gemann, Schillingstr. 34, abzugeben.

Tegel. Mittwoch abends 8 Uhr Mitgliederversammlung nicht schulpflichtiger, sondern Kula Volksschule, Trechowstr.

Schwabener. Die Besessenen werden ersucht, die ausgefallenen Mitgliedsbeiträge bei Gemann, Schillingstr. 34, abzugeben.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Reichshilfe. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. o. m. b. H., Berlin. — Druck und Verlagsdruckerei und Verlagsvermittlungs m. h. S. Schillingersdamm 13.

Verkaufe

Pianos, Klavier, Mandoline, Laute, Gitarre

Harmonium, Orgel, Schachmännchen, Spielzeug

Klavier, Mandoline, Laute, Gitarre

Harmonium, Orgel, Schachmännchen, Spielzeug

Pianos, Klavier, Mandoline, Laute, Gitarre

Harmonium, Orgel, Schachmännchen, Spielzeug

Klavier, Mandoline, Laute, Gitarre

Harmonium, Orgel, Schachmännchen, Spielzeug

Pianos, Klavier, Mandoline, Laute, Gitarre

Harmonium, Orgel, Schachmännchen, Spielzeug

Klavier, Mandoline, Laute, Gitarre

Harmonium, Orgel, Schachmännchen, Spielzeug

Umbausaal, Kucheneinrichtung

Kücheneinrichtung mit Vorstellapparat

Bestelle (engl.) fast neu

Verkaufen gewaschene und neue Möbel

Metallbetten, Auflagen

Metallbetten, Auflagen

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte

Metallbetten, Auflagen

Metallbetten, Auflagen

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte

Metallbetten, Auflagen

Raufgesuche

Kupfer, Silber, Platin, Gold

Platin, Kupfer, Silber, Gold

Kupfer, Silber, Platin, Gold

Platin, Kupfer, Silber, Gold

Kupfer, Silber, Platin, Gold

Platin, Kupfer, Silber, Gold

Kupfer, Silber, Platin, Gold

Platin, Kupfer, Silber, Gold

Kupfer, Silber, Platin, Gold

Platin, Kupfer, Silber, Gold

Kupfer, Silber, Platin, Gold

Platin, Kupfer, Silber, Gold

Anklebeschrank

Möbel, Teppiche, Kasten

Lohn, Schellack, Bienenwachs

Felle u. Roßhaare

Werkzeuge und Maschinen

Werkzeuge und Maschinen

Werkzeuge und Maschinen

Werkzeuge und Maschinen

Werkzeuge und Maschinen

Werkzeuge und Maschinen

Werkzeuge und Maschinen

Werkzeuge und Maschinen

Werkzeuge und Maschinen

Arbeitsmarkt, Straßenhändler, Arbeitslose, Kaufmann, Kraftfahrer